

## **Unverstandene Demokratie – Verständnislose Demokraten?**

Versuch über politisches Bewußtsein

*von Richard Jilka*

Im Jahre des Brexit sagte zu mir ein niederländischer Freund: „Paß auf, wir werden noch Minderheit“. Mit Wir & Minderheit meinte er weder seine noch meine Lieblingspartei oder dieses Regierungsbündnis noch jene Oppositionsbewegung oder gar völkische, nationale oder sonstige sozio-geschlechtliche Zuordnungen. Er meinte ein politisches Selbstverständnis, das in repräsentativ demokratischen Verfahrensweisen und freiheitlich liberalen & sozialen Gesellschaftsordnungen sowie in übernationalen Verhandlungsprozessen mit multilateralen Abkommen erprobte & praktikable Methoden einer allzeit unvollkommenen politischen Ordnung sah, um das Zusammenleben von Millionen von Menschen erträglich zu gestalten sowie die nationalistischen, faschistischen oder bolschewistischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht zu wiederholen. Leider mehren sich seit der Jahrhundertwende die Anzeichen, daß die eminenten historisch politischen Erfahrungen Europas nicht bloß von einer Minderheit nicht mehr verstanden werden. Entsprechend war jüngst in einer bedeutenden Tageszeitung die Schlagzeile zu lesen: „Heinrich Heine ist tot“; will sagen: der aktuelle gesellschaftlich politische Diskurs bringt politischen Gedankengebäuden, die aus dem geistig gedanklichen Ringen der Aufklärung hervorgegangen sind und intersubjektiv vermittelbaren komplexen Rationalitäten verpflichtet bleiben, zunehmend Unverständnis entgegen. Indem schmerzhaft errungene politische Erkenntnisse der letzten beiden Jahrhunderte vergessen werden, würden auf ihnen fußende Institutionen der repräsentativen Demokratie, stünden sie zur Disposition, die Abstimmungen verlieren. Indem Vereinfacher und Rigoristen, Moralisten und Populisten mit ihren simplen Lösungsvorschlägen, wenn nicht gar bloß Werbefachleute mit ihren Slogans Abstimmungen gewinnen, geraten wir alten oder jungen Europäer, die wir versuchen, lebensstaugliche Konsequenzen aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu ziehen, in die Minderheit. – Vielleicht finden wir uns deshalb im Jahre des Unheils 2022 in einer ähnlichen Lage wieder wie 1914.

Offenbar ist das Kind ins Wasser gefallen. Im Mainstream der veröffentlichten Meinungen beispielsweise sind anscheinend banale Ecksteine der reprä-

sentativen Demokratie unverständlich geworden. Beispielsweise wird von *Flickenteppich* geredet, sobald, wie es sich für Demokratien gehört, die Macht aufgeteilt ist und verschiedene Meinungen nebeneinander bestehen sowie verschiedene Gremien unterschiedliche Handlungsoptionen umzusetzen trachten. Die Berechtigung substantiell gegensätzlicher Handlungskonzepte hinsichtlich der uns gemeinsamen Angelegenheiten innerhalb der res publica wird kaum noch ausgehalten. Gilt gegenwärtig Funktionalität über alles? Geradezu volkstümlich ist die irrige Auffassung geworden, es könne bloß eine, folglich eine undemokratische Wahrheit geben. Unter *Repräsentation* wird vermehrt ganz naiv eine prozentuale Abbildung der Bevölkerung gemäß Geschlechtern oder Abstammungen & Hauttönungen oder Berufsgruppen verstanden, als ob die gemäß solch äußerlichen Kriterien zusammengewürfelten Menschen gemeinsame Interessen oder Ansichten hätten. Gelegentlich wird gar die Auffassung vertreten, als müsse eine Gesellschaft, um als *wahrhaft* demokratisch gelten zu können, in ihre kleinsten Gruppen und Untergruppen zergliedert werden, die gemäß einer festgelegten Quotierung Delegierte entsenden, die wie weiland die Vertreter der Stände durch imperative Mandate zur Vertretung der vermeintlichen Interessen ihres eingezirkelten Klientele verpflichtet sind. Die Rückkehr zu Ständeversammlungen wäre das Ende des Parlamentarismus. Der Begriff des *Citoyen*: der Begriff untereinander in ihren Verschiedenheiten mit gleichen Rechten ausgestatteter *Staatsbürger*, die gemäß ihrer jeweiligen politischen Vorstellungen und Überlegungen und Wünschen und Absichten Repräsentanten des Gemeinwohls wählen, die als Persönlichkeiten wiederum ungebunden (*frei*) & selbstverantwortlich in ihren Entscheidungen sind, bis sie sich nach einiger Zeit neuerlichen in Wahlen verantworten müssen, wird offenbar immer weniger verstanden. Die Repräsentation der Bürger in Parlamenten steht sogar zunehmend unter dem Verdacht, *undemokratisch* weil *nicht repräsentativ* zu sein, weil nicht jede Bevölkerungsgruppe ihrem prozentuellen Anteil gemäß, repräsentiert werde. Offenbar ist hier der parlamentarische Gedanke vergessen worden. Besonders gefährlich für unsere Republiken ist das kapitale Mißverständnis, in einer durch Volksentscheide ausgeübten sogenannt direkten Demokratie die *eigentliche*, die *richtige*, die *wahre* Demokratie zu sehen, deren plebiszitäre Entscheidungen der Entscheidungsfindung repräsentativer Gremien übergeordnet sein müßten. Der Brexit, die Wahl Trumps, oder meinethalben die katalanische Unabhängigkeitsbewegung, die in ihrer folkloristischen Naivität vorgibt, Fragen hinsichtlich der Existenz eines historisch gewordenen Staates ließen sich durch die knappe & zufällige Mehrheit einer Volksbefragung entscheiden, zeugen vom beängstigendem Unverständnis republikanischer Verfassungen und deren repräsentativ demokratischen sowie rechtsstaatlichen Verfahrensweisen. Die Leute auf der Plaza de Catalunya in Barcelona beispielsweise skandierten: „no tengo mido!“ Derglei-

chen Revolutionspathos ist unangemessen. Sie brauchen keine Angst zu haben, denn sie demonstrieren weder auf dem Roten Platz in Moskau noch auf dem des Himmlischen Friedens in Peking, sondern in einem Rechtsstaat.

Offenbar werden im Namen eines naiven, eines irgendwie & vage plebiszitären Demokratieverständnisses zentrale Institutionen der Republik nicht nur nicht verstanden, sondern geradezu als undemokratisch abgelehnt. Dergleichen Unverständnis ist, läßt man ihn allein, vom Demos zu erwarten. Auf volkstümliches Unverständnis läßt sich mit Regelwerken antworten. Denn Verständnislosigkeit gehört zu den Risiken der Demokratie: alle sind zur Beteiligung aufgerufen und niemand ist zu einem bestimmten Verständnis verpflichtet. Woher sollte die Masse der guten Leute die unübersichtliche & widersprüchliche & anrühige Welt politischer Streitereien und Machtkämpfe oder die Komplexität politisch administrativer Institutionen hinreichend verstehen, wenn ihnen die banalen Grundlagen republikanischer Demokratie nicht von Kindesbeinen an immer wieder erklärt und sie in politischer Praxis von Kindesbeinen an andauernd geübt werden? Selbstverständlich bleibt es fraglich, inwieweit ein *unpolitischer*, ein politisch ungebildeter Bürger noch ein *Bürger*, d.h. ein *Citoyen* sein kann? – Den alten Griechen galt ein unpolitischer, d.h. in den Angelegenheiten der Gemeinschaft unkundiger Mann all seiner anderen Fähigkeiten zum Trotz als *Idiotes*. In unseren modernen Massendemokratien liegt in der Unterstellung politischer Unbildung kein Vorwurf. Repräsentative Demokratien wurden entwickelt, weil die Masse der guten Leute beim besten Willen nicht in die Lage versetzt werden kann, ihre persönlichen Erfahrungshorizonte weit überschreitende politische Zusammenhänge zu übersehen, um, ähnlich dem Demos auf der Agora einer antiken Kleinstadt unmittelbar befragt, definitive Entscheidungen zu treffen. Da Millionennasige Menschenmassen das Abtauchen in politische Verantwortungslosigkeit begünstigen, müssen massentauglich vereinfachte und emotionalisierte Meinungen vor ihrer politischen Umsetzung gefiltert werden, weshalb die Leute indirekt an den Entscheidungen ihrer Repräsentanten beteiligt werden. Denn würden die Leute tatsächlich wie es ihnen gefällt selbst (auto-demo-kratisch?) entscheiden, würden von ihnen lästige Entscheidungen nicht gefällt werden. In der Bundesrepublik beispielsweise gehört im Vorfeld der Komplexität ihres politischen Entscheidungsfindungssystems das *wasch mir den Pelz & mach mich nicht naß* zu den Stereotypen politischen Wollens & Wünschens. Dennoch muß, obwohl Mehrheiten notorisch gegen sie belästigende Veränderung anschreien, in jedem Gemeinwesen andauernd Unangenehmes beschlossen werden. Beim Zuwegebringen demokratischer Entscheidungen, die ja ausgewogen genug sein müssen, um von einem Großteil der Bürger akzeptiert werden zu können, ist es ungemein wichtig, sich nicht direkt aus dem Bauch heraus zu entscheiden, wie es einem gefällt. Der Wählerwille hatt durch Institutionen

gefiltert zu werden, damit die guten Leute nicht bloß ihrem Wünschen entsprechend populäre Entscheidungen fällen oder verantwortungslose Leute, die ihnen nach dem Munde reden, zu unberechenbaren Führern wählen. In repräsentativen Massendemokratien kontrolliert man einander gegenseitig, weshalb auch einzelne Gruppierungen, die gerade eine Mehrheit bilden, nicht selbstherrlich entscheiden dürfen. Die repräsentative Demokratie ist nicht nur die *wirkliche*, sie ist auch die *wahre* Demokratie, denn sie ist in Staaten mit Millionen von Bürgern die einzig mögliche Demokratie.

Sollten unsere aus den schmerzhaften Erfahrungen von Jahrhunderten erwachsenen Republiken, sollten unsere repräsentativen Demokratien demnächst an der Verständnislosigkeit der Demokraten scheitern? Sind Demokraten, denen die Demokratie unverständlich geworden ist, überhaupt noch Demokraten? Sollte Unverständnis für die repräsentative Demokratie wegen ihrer oft widersprüchlich erscheinenden Komplexität sowie ihrer menschlich weltlichen Unvollkommenheiten ein Symptom des zivilisatorischen Versagens unserer Moderne sein? Sind die guten Gründe, wegen derer die euroatlantischen Verfassungsväter plebiszitäre Volksdemokratien ablehnten, zu kompliziert, um in massenmedial konstruierten Demokratien vermittelt werden zu können? – Einher geht grundsätzliche Kritik an der repräsentativen Demokratie oft mit einer durch keinerlei Erfahrung gerechtfertigten idealisierenden Überhöhung des Demos oder des Tyrannen. Ob machtvergessen oder machtfixiert äußert sich in der aktuellen demokratischen Unwissenheit eine grundsätzliche Verkennung der menschlich allzumenschlichen Unvollkommenheiten politischer Strukturen und der Möglichkeiten dessen, was ein Volk als Gesellschaft ist & sein kann. Aus der Perspektive eines politmedial zugespitzten Idealismus, der offenbar die beste aller möglichen Welten visioniert, sehen real existierende Demokratien schlecht aus und werden alltäglich zerredet. Äußert sich da ein gefährliches Vergessen unserer europäischen Geschichte mitsamt unserer europäischen politischen Werte? Hinter dem Verlangen nach sowie dem Vertrauen in Volksentscheidungen über Grundsatzfragen beispielsweise steht oft die kindliche Vorstellung: das Volk sei vergleichbar einem Erwachsenen, der, weil so alt & groß & erfahren & stark, alles besser wisse und deshalb bestimmen solle. Rousseauismus oder Polit-Romantik heißt der Glaube an das *gute Volk* wie an ein großes & weises Subjekt, das, wie vormals angeblich der *gute* Monarch oder der *liebe* Gott, tatsächlich fähig ist, am besten zu entscheiden. Heinrich Heine sah da deutlicher und nannte das Volk gelegentlich einen „großen Lümmel“. Populisten hingegen, wie man Demagogen neuerdings nennt, schmeicheln dem Lümmel in den Leuten und reden ihm nach dem Maul, um aus herbeigeredetem *Volksempfinden* dies oder jenes politische Süppchen zu ihrem eigenen Vorteil zu brauen. Doch wer, sollte er nicht bloß der gebotenen Kürze halber ver-

einfachen, vom *Volkswillen* redet, will betrügen. Völkerschaften haben nun einmal keinen eigenen Willen. Eine Masse von Menschen als Gesellschaft zusammengefaßt ist kein willensbegabtes Subjekt, das sich oder anderen über sein Handeln Rechenschaft geben könnte. Wie jeder Souverän ist auch das Volk verantwortungslos. Souveräne stehen über dem Recht und genießen Immunität, jedoch gehören sie auch eingeschränkt. Verantwortlich handeln können nur leibhaftige oder juristische Personen, die zur Verantwortung gezogen werden können. Vertragsfähig beispielsweise sind nicht *die* Deutschen, sondern die Bundesregierung. Und im Verhängniszusammenhang politischen Versagens gibt es keinen schwarzen Peter, denn weder *die* Deutschen noch *die* Russen oder gar *die* Juden können *schuld* sein. Im Verhängniszusammenhang zivilisatorischen Versagens läßt sich Schuld nicht wie in Bundestagsdebatten oder im Kindergarten anderen in die Schuhe schieben, vielmehr verursachen die Angehörigen der jeweiligen Zivilisation auf meist naive Weise gemeinsam das fatale Versagensgeschehen. So sind wir alle *schuldlos schuldig*. Wir alle sind daran beteiligt, wenn republikanisch demokratische Umgangsformen und Verfahrensweisen von uns wie auch immer zivilisierten Bürgern allenfalls oberflächlich erlernt, nur unzureichend begriffen und inmitten unserer Konkurrenzkämpfe im Leistungskonsumbetrieb bald wieder vergessen werden. Und indem die republikanischen Bewußtseine der Bürger verkümmern, sind die Demokratien unserer Zivilisation tatsächlich in ihrem Bestand gefährdet. Wiewohl Demokratie seit jeher mit dem Risiko grundsätzlichen Scheiterns einhergeht, denn die Freiheit der Entscheidung wäre keine, beinhaltet sie nicht die Möglichkeit, sich vollkommen falsch zu entscheiden, sind unsere Republiken durch die mangelhafte Demokratisierung ihrer Bürger weitaus gefährdeter als durch eine oder mehrere politische Fehlentscheidung. – Muß demokratische Vernunft in auf optimierte Funktionalität trainierten Gesellschaften zwangsläufig unpopulär werden?

Kürzlich wurde wieder die Stelle eines Sonderbeauftragten der Bundesregierung geschaffen, die es Töchtern oder Söhnen aus guten Familien ermöglicht, auf einem Posten mit vorzüglichem Einkommen sowie glänzenden Karrierechancen moralisch korrekt sowie regierungsamtlich die veröffentlichte Meinung mitzugestalten, um also den Bürgern ins Gewissen zu reden. *Die größte Gefahr für unsere Demokratie*, so die junge Sonderbeauftragte anläßlich ihrer Amtseinführung, *ginge von Rassismus und Rechtsextremismus aus*. So sagt man heute korrekt in den Bildschirmen. Aber auch diese Korrektheit gehört zu den rhetorisch modischen Irrtümern. Einige meinethalben zig Tausend rechter Extremisten oder Rassisten, die entsprechende Bezeichnungen verdienen, können keine besonders große Gefahr für 80 Millionen Demokraten sein. Die bestandsgefährdende Gefahr für unsere immer noch freiheitlichen Republiken geht von der Masse derer aus, die sich für Demo-

kraten halten, obwohl ihnen die Demokratie unverständlich geworden ist, und die dennoch oder eben deshalb von sich behaupten, sie seien die *wahren* Demokraten, weshalb die Republik sich nach ihren Vorstellungen zu richten habe, andernfalls sei sie keine echte & gehöre abgeschafft oder mit Füßen getreten. – Die demokratische Verständnislosigkeit demokratischer Bürger ist weniger die Folge eines politischen, als vielmehr eines sich seit langem anbahnenden zivilisatorischen Versagens. Nicht die eine oder andere politische Partei, nicht diese oder jene Landesregierung, nein, unsere über-nationale Zivilisation hat sich beispielsweise jahrzehntelang das Geld gespart, um ihre Kinder, ähnlich wie in den besten Tagen von Athen oder Rom, zu vorzüglichen Bürgern zu erziehen. Indem jahrzehntelang flächendeckend & grenzüberschreitend lebenspraktischer Konsens darüber bestand, Berufsbildung wichtiger zu nehmen als Bürgerbildung, wurde über die supra-nationale Konditionierung zur Wohlstandsmehrung vergessen, was die Republik ausmacht. Woher sollen auf Leistung & Konsum dressierte Kinder erfahren, wie Freiheit geht?

In Folge zivilisatorischen Versagens wird Demokratie gegenwärtig beispielsweise dann nicht mehr verstanden, wenn gemeint wird: sie bestünde im Abstimmen. Demokratie erschöpft sich nicht in Abstimmungen und ist alles Andere als die Diktatur einer Mehrheit durch Überstimmungen aller Anderen. In der Demokratie werden Minderheiten nicht der Einfachheit halber überstimmt, sondern gehören in Entscheidungsfindungen eingebunden, denn Minderheiten gehören vollgültig zum Demos. Ja genau besehen besteht der Demos aus Minderheiten, deren besonderen Rechte sowie deren abweichende Würde in der Demokratie geachtet zu werden haben. Mehrheiten pflegen bekanntlich mitsamt ihrer Wahrheiten zu wechseln, und jede Mehrheit ist demnächst oder in anderer Hinsicht eine Minderheit. Aus Achtung vor der Minderheit, zu der jeder Einzelne jederzeit gehört, geht es in der Demokratie nicht primär darum, einem Fußballspiel ähnlich, Wahlen zu gewinnen oder mehrheitlich die angeblich *richtigen* Entscheidungen durchzudrücken; für die bloße Feststellung sachlicher Richtigkeiten könnte man sich den demokratischen Aufwand sparen, einige evaluierte Sachverständige nebst ihrer Sachbearbeiter würden ausreichen. In der Demokratie geht es jedoch über Sachfragen hinaus vornehmlich darum: effektive Machtausübung zu beschränken, um den Bürgern dies- & jenseits von Sachzwängen Freiheiten der Selbstbestimmung zu gewährleisten. Freiheiten beginnen nämlich erst dies- oder jenseits von Sach-Zwängen. Und um Freiheiten der Menschen geht es in der Demokratie vornehmlich. Und um eben diese Freiheiten der Menschen zu wahren, wird in Demokratien Macht beschränkt.

Und haben Sie vergessen, was Macht einschränken kann? Nein, es sind weder die lieben Leute auf der Straße noch Ihre gute Moral, sondern

« le pouvoir arret le pouvoir ». Dieser kristallklare Gedanke aus Montesquieus „De l'esprit des loix“ von 1748 war einst auf jedem 50 Francschein zu lesen. Obwohl wir uns auf unseren Euroscheinen mit harmlosen Kirchenfenstern oder Wasserbrücken begnügen müssen (Symbole des Endes politischer Geschichte?), dreht sich Politik weiterhin vornehmlich um Macht. Gerne wird bei gegenwärtigen Machtspielen vergessen oder rhetorisch überspielt, daß der heutige Mensch genau der gleiche wie jener ist, der inmitten einer Welt von Geistern in Höhlen saß. Es gibt auch keinerlei Sicherheit dafür, daß die heutigen Deutschen oder Niederländer oder Franzosen oder Malaien oder Inder oder Gott weiß welche aus Menschenwesen gebildeten Gesellschaften mißliebige Gruppen ihrer Mitbürger, aus tief & ehrlich empfundener Überzeugung sowie aus gewiß *wissenschaftlich* unterfütterten Gründen, nicht gelegentlich ins Jenseits entsorgen. Eine der zentralen Fragen bei der Organisation von Demokratie lautet: wie kann man Mord & Machtmißbrauch vorbeugen? Die gerne in den Bildschirmen beschworene Zivilcourage ist allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein, der weder Vorne noch Hinten genügt. Montesquieus Rat folgend gilt es jeder Macht andere Macht entgegenzustellen! Genau deshalb bleibt Demokratie ein komplex vertracktes, gewissermaßen unfunktionales System aus Machtbeschränkungen: ein System von Gewaltenteilung – Gewaltenverschränkung – Gewaltenbegrenzung – Gewaltverhinderung, in dem Keiner, schon gar nicht eine erdrückende Mehrheit, bekommt was er oder sie will. Demokratie ist in vieler Hinsicht frustrierend, denn die eigenen Rechte haben beschränkt und die der Anderen geachtet, folglich Kompromisse zwischen den ach so verschiedenen Bürgern gesucht und gefunden zu werden, damit die Meisten ein wenig zufrieden sein und miteinander auskommen können. Glücklicherweise kann demokratische Politik nicht machen; sie gibt allenfalls Gelegenheiten, auf verschiedene Weisen zu suchen, was man für das eigene Glück hält. Demokratie gibt also Gelegenheiten, auf verschiedene Weisen zu leben. Glück jedoch kann & darf Demokratie nicht verordnen, denn demokratische Macht besteht nicht darin, anderen Leuten eine richtige Lebensweise vorzuschreiben, sondern Lebensweisen zu ermöglichen und zu diskutieren. Demokratie ist keine Tyrannei des Glücks oder einer idealen Gerechtigkeit oder absoluter Werte, geglückten Falles hat sie die Form eines menschlich unzulänglichen Rechtsstaates. Obwohl dem einen sein Recht vom anderen gewöhnlich als ungerecht empfunden wird, ist ihren unvermeidlichen Ungerechtigkeiten zum Trotz im Zusammenleben der Menschen Rechtstaatlichkeit bereits unglaublich viel. Rechtstaatlichkeit ist im Verhältnis zu Willkür- oder Gewaltherrschaft gewissermaßen eine Art historische Ausnahme, ein historisch gesellschaftlicher Quantensprung. Die zivilisatorische Errungenschaft des allzeit mangelhaften, also endlos diskussionswürdigen Rechts als eines Wertes an sich selbst zu begreifen, sollte ein Ausweis mündigen Bürgertums sein. Der Schrei nach

absoluter, also einseitiger, da mit der Ächtung andersartiger Gerechtigkeitsvorstellungen einhergehender Gerechtigkeit hingegen ist Zeugnis politischer Unmündigkeit. Absolute Gerechtigkeitsvorstellungen erweisen sich für gewöhnlich als zerstörerisch sowohl für reales Recht wie für ein gedeihliches Zusammenleben verschiedenartiger Menschen im Rechtsraum einer Republik. Unbedingte Gerechtigkeit ist eine gefährliche Illusion, in deren Namen nicht selten andere Menschen erschlagen wurden & werden. Im Gegensatz zu Recht & Gesetzen und den Verfahrensregeln für ihre Auslegung & Umsetzung *gibt* es keine *Gerechtigkeit*. Jeder stellt sich doch Anderes als gerecht vor. Deshalb müssen Gesellschaften, um bestehen zu können, andauernd Ausgleich zwischen Gerechtigkeitsvorstellungen ihrer ach so verschiedenen Bürger suchen und sich auf bestimmte Vorstellungen vorübergehend festlegen, bis eine andere Mehrheit andere Vorstellungen für ihre Zeit als maßgeblich erachtet. Eine Zivilisation hingegen, die nicht bloß theoretisch, sondern tatsächlich den Anspruch erhebt, ihre jetzt gültigen, offensichtlich bisher von Generation zu Generation sich wandelnden Werte und geschichtlich gewordenen Ordnungen müßten für alle Zeit überall gelten, hat intellektuell versagt. Wer die weltweite Gültigkeit der eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen erzwingen will, will den Weltkrieg. Und wir haben doch alle gelernt: Weltkrieg bedeutet intellektuelles Totalversagen.

Demokratie wird nicht verstanden und die Republik ist in Gefahr, wenn, wie oben angetippt, Massen der Bürgerschaft Volksentscheidungen für *echte* Demokratie halten. Demokratie wird nicht verstanden und die Republik ist in Gefahr, wenn Massen der Bürgerschaft meinen, das Recht oder Verträge könnten einfach so nach mehrheitlichem Gutdünken des gerade tonangebenden Volkssouveräns verworfen oder übergangen werden. Geradezu widerdemokratisch ist es, wenn massenmedial suggeriert wird: Regierungen oder gar Parlamente hätten sich nach aus wenigen Tausend Mitbürgern demoskopierten Mehrheiten zu richten. Und auch qualifizierte Mehrheiten sind alles andere als Heilsbringer. In der Republik, in der repräsentativen Demokratie sind Bürger, sind Politiker, sind Menschen & Persönlichkeiten erforderlich, die mit erprobten Vorstellungen den naiven oder einseitigen Wünschen wechselnder Mehrheiten entgentreten. Im Widerspruch gegen den Souverän liegt die demokratische Tugend par excellence. Denn jedem Souverän, heiße er nun Wilhelm, Ludwig oder Volk, muß widersprochen werden, sonst entartet er zum Tyrannen. Die Republik jedoch ist in Gefahr, wenn massenmedialer *Polit-common-sense* den Glauben an die demoskopierte Volkesstimme propagiert, als wäre sie das entscheidende Wort eines absoluten Souveräns, dem unbedingt Folge geleistet werden muß und nicht widersprochen werden darf oder soll oder kann. Die Republik ist in Gefahr, wenn etwa über komplexe und historisch gewordene Prozesse wie die Zuge-

hörigkeit zur EU oder zur NATO, ja den Bestand jenes Staat oder dieser Nation durch ein simples Ja/Nein zufälliger Mehrheiten abschließend entschieden wird. Anonyme, also verantwortungslose Zufallsentscheidungen einer Tagesstimmung zu historischen Richtungsentscheidungen zu machen, bedeutet mit dem Schicksal der Völker russisches Rollet zu spielen.

– Wahrscheinlich übersteigt schon die Frage, wie in einer modernen Gemeinde das Wasserleitungssystem verwaltet werden soll, die Mitsprachefähigkeit einer Vielzahl der Mitbürger. Und wenn eine gutwillige Bürgerschaft beispielsweise mehrheitlich den erlogenen Versprechungen eines Wasserunternehmers auf den Leim gegangen ist und ihm ihre ererbte Wasserleitung tatsächlich verkauft hat, dann ist diese Wasserleitung bis zur nächsten Revolution tatsächlich weg und betreffende Bürgerschaft, je nach dem wie sie vertraglich über den Tisch gezogen worden war, dem Wasserleitungsbesitzer Tributpflichtig. Im Unterschied zu einer grundsätzlichen (Ja/Nein) Fehlentscheidung, der obendrein wegen ihres plebiszitär-absolutistischen Gültigkeitsanspruchs Folge zu leisten ist und nicht widersprochen werden darf, wären zwar von einer konventionellen Kommunalverwaltung mit Sicherheit Fehler gemacht worden, die aber hätten dank verschiedener Kontrollinstanzen eingeschränkt sowie wahrscheinlich im nächsten oder übernächsten Jahr korrigiert werden können, um neuerliche, jedoch weniger schwerwiegende Fehler zu machen usw. Aus Fehlern besteht, ähnlich jedem Menschenleben, demokratische Politik: mangels allwissender Obrigkeit geht es von Fehler über Widerspruch & Korrektur zu Fehler weiter. Und warum sollte sich die Gesamtheit der Mitbürger in die komplexe Materie der Wasserleitungswirtschaft einarbeiten, um über deren Verwaltung definitiv entscheiden zu können? Müßten sie sich dann nicht auch mit dem Müllwesen, der Energiewirtschaft, dem Straßenbau oder dem Kindergartenbetrieb ausgiebig befassen, um mitbestimmen zu können? Die engagierteste Bürgerschaft wäre zwangsläufig überfordert; und haben die Leute nicht anderes zu tun? Etwa Geld zu verdienen, um Steuern zu bezahlen? Gewiß, die allermeisten Menschen erweisen sich seit eh & je als durchaus fähig, über Fragestellung ihrer unmittelbaren Lebenswirklichkeit, etwa im Rahmen ihrer oft hochqualifizierten, also punktgenau spezialisierten Arbeit, oder bezüglich Familienleben, Gartenbau oder Nachbarschaft die für sie denkbar besten Entscheidungen zu treffen. Im Unmittelbaren ist ihre Willensbildung oft unübertrefflich. Und auch rational von anderen Leuten schwer nachvollziehbare Entscheidungen sind im persönlich überschaubaren Raum vollauf berechtigt, denn bekanntlich ist des Menschen Wille sein Himmelreich.

Das *gesunde Volksempfinden*, welches innerhalb seines Lebensumfelds allzeit um das Rechte weiß, und das man in ganz anderen Zeiten wie eine letzte Instanz hochzuschätzen vorgab, hat zweifellos Grenzen. Die praktische Bürgervernunft, auch gerne als *schwäbische Hausfrau* personifiziert, genügt

weder Vorne noch Hinten oder Oben & Unten, um in unserer hyperkomplexen Moderne definitive Entscheidungen über die Organisation dieses oder jenes Aspektes unseres öffentlich technischen Lebens zu fällen. Allzuoft beschränken sich im überpersönlich öffentlichen Raum, also bezüglich unserer *res publica*, die Fähigkeiten des als *gesund* geltenden Menschenverstandes darauf: die Steuern wie selbstverständlich zu minimieren, mitunter schwarz zu arbeiten, bei Gelegenheit Sozialleistungen oder andere Subventionen abzugreifen und selbstverständlich ohne Rücksicht auf die Hersteller so günstig wie nur irgend möglich einzukaufen oder Energie zu verbrennen. Manfrau gilt gemäß allgemeinem Meinen für dumm, ließe er/sie sich einen finanziellen oder persönlichen Vorteil entgehen. Von republikanischer Verantwortung aber kann kaum eine Rede sein, wo manfrau bloß seine angeblich eigenen Interessen verfolgt, wo der einzelne Mensch in der Masse des sogenannten Volkes oder hinter einem Bildschirm im Internet untertaucht, wo er also die Folgen seiner Entscheidungen nicht auch persönlich trägt. Verantwortung setzt Menschen voraus, die persönlich Antwort geben, also Verantwortung übernehmen und zur Verantwortung gezogen werden können; allenfalls in Hinsicht auf verantwortliche Individuen kann von Verschulden oder Verdienst gesprochen werden. Das imaginäre *Volk* aber ist ein Abstraktum und bleibt ebenso wie seine Vorgänger im Amt des Souveräns unerschuldig & verantwortungslos. Und besonders in der Massenmedialdemokratie hat Verantwortung mitsamt dem Sachverstand die Tendenz, sich in Nichts aufzulösen. Sogar die Zusammenhänge, über die entschieden werden soll, drohen zu verschwinden, je mehr sie der volkstümlichen Allgemeinverständlichkeit halber massenmedial vereinfacht werden. Um als politisch vermittelbar zu erscheinen, also um demokratische Legitimation zu erheischen, müssen komplexe politische Zusammenhänge, etwa die kommunale Wasserversorgung, unter Verzicht auf Detailtreue zu allgemein verständlichen Erzählungen mit handlichen Argumenten heruntergestutzt werden. Genau darin, in der bürgerverständlich vereinfachenden Darstellung komplizierter Sachverhalte sowie in der Konkurrenz unterschiedlicher Polit-Erzählungen, besteht eigentlich die Kunst der Politiker. Den verschiedenen Erzählungen zuzuhören und gegensätzliche Argumentationsmuster abzuwägen hingegen ist – Bürgerpflicht: Bürgerpflicht erfordert Interesse und Zeit; beide sind bekanntlich knapp, weil wir ja alle so unheimlich viel um die Ohren haben. Also muß im politischen Diskurs immer weiter vereinfacht werden, damit wir überhaupt noch etwas von der *res publica* mitbekommen. Jedoch hat jede Vereinfachung Grenzen, ab der sie zu einem nichtssagenden Zerrbild der Wirklichkeit wird, zur Karikatur verkümmert oder zum demagogischen Schlagwort und zum bloßen Propagandaslogan verkommt: zur Sprachregelung, die man unbedacht wie ein beliebiges Erkennungszeichen der *Guten & Gerechten* endlos wiederholt, um sich als auf der *richtigen* Seite

stehend auszuweisen. Zur Krux der Republik gehört, daß sich politische Zusammenhänge komplexer Gesellschaften in 1-Satz-Nachrichten nicht einmal annähernd ausdrücken lassen. Demnach schädigen 1-Satz-Nachrichtendienste die Demokratie. Das Überhandnehmen politischer 1-Sätze (bis zu 90 Sekunden) fördert eine erschreckende politische Versimpelung der Meinungen, die die antiken Griechen in ihrer damaligen Demokratie wahrscheinlich als *Idiotie* bezeichnet hätten. Die Zersplitterung gesellschaftlicher Gespräche zu 1-Sätzen zerstört mit dem politischen Diskurs die Demokratie und öffnet 1-Satz-Demagogen Tür & Tor. Am Ende der Sprachverhunzung steht: gefällt mir/gefällt mir nicht; für Analphabeten: Daumen rauf/Daumen runter: Referendum. Hat eine Zivilisation ihre Sprache weitgehend auf Ja-Nein Aussagen reduziert, dann wird ihr Sprachversagen ihre Demokratie zersetzen.

Schrieb ich eben „Bürgerpflicht“? Keine Demokratie ohne Bürger & Bürgerpflicht. Der Begriff des *Citoyen*: der für die Republik konstitutive Begriff von untereinander in ihrer Verschiedenheit mit gleichen Rechten ausgestatteter *Staatsbürger* droht in unseren medial konstruierten Gesellschaften zu verblässen. Und mit dem republikanisch demokratischen Leitbild des *Citoyen* schwinden auch die politischen Verpflichtungen auf das Gemeinwohl, auf das *allen* Mitbürgern gemeinsame Wohl: eine Fiktion, gewiß und selbstverständlich und warum nicht. Denn ohne Verpflichtung auf ein Gemeinsames bleibt vom Bürger nur der Einzelkämpfer: ein individualisiertes & liberalisiertes Subjekt, das auf den Märkten der Eitelkeiten sein Ding optimal durchdrückt und im permanenten Konkurrenzkampf aller gegen alle seinen persönlichen Reibach macht, bis es vom Schicksal ereilt wird. – Ergänzend und teils zur Kompensation der Vereinzelung liberalisierter Leistung-Konsum-Subjekte überlagern zunehmend diverse *Communities*, von amerikanischen Soziologen gelegentlich als *Wiederkehr der Stämme* bezeichnet, mit ihren partiellen Absolutheitsansprüchen die den Demokraten ehemals gemeinsame Republik. Fixierungen auf *Communities* oder Stammeszugehörigkeiten können dermaßen mächtig werden, daß sie das Bewußtsein einer allen gemeinsamen, partikularen Interessen oder Vorstellungen übergeordneten Staatlichkeit zerstören. Die Segmentierung der Republikaner und des ihnen gemeinsamen Bürgerrechts in partikulare Gemeinschaften des Herkommens oder von Konsumleistungen und deren vermeintliche Erkennungsmerkmalen wie Goldkettchen/Tattoo/Piercing/Hauttönungen/Rassen/Geschlechter oder Sexualitäten sowie deren Vorlieben, ist durch Regenbogenfahnen nicht zu überbrücken. – Sollte es zu einem der tragisch unauflösbaren Widersprüchlichkeiten von Massendemokratien geworden sein, daß sich ihre Angehörigen, die sich ja längst nicht mehr als eine in Klassen und deren Interessen unterschiedene Nation verstehen (von *Volk* ganz zu schweigen), zunehmend bestimmten stammesähnlichen Identitäten zugehörig fühlen möchten, um sich in einer millionennasigen Menschenmasse durch be-

stimmte Äußerlichkeiten mit bestimmten anderen Menschen verbunden zu fühlen sowie von den ganz Anderen durch eine kollektive Sonderidentität zu unterscheiden? Wenn aber die Nestwärme der eigenen Untergruppe, wenn also im Gegensatz zu der vermeintlichen Anonymität moderner Gesellschaften die vermeintliche Heimat in einer gemäß gemeinsamer Merkmale konstruierten Menschenmasse als wichtiger denn das Ganze der Republik genommen wird, dann ist das demokratische Zusammenleben der Bürger gefährdet. – Oder sollte, wie von Platon und Aristoteles über Morus, Campanelle oder Bacon bis Rousseau angedacht, Demokratie eine Regierungsform für kleine und kleinste, jedenfalls übersichtliche Gruppen sein? Muß man seine Mitbürger persönlich kennen, um mit ihnen auf demokratischer Grundlage zusammenleben zu können?

Trotz oder gerade wegen ihrer medialen Informiertheit sind unsere Völker inmitten ihrer digitalisierten Moderne offenbar nicht klüger geworden als die alten Athener in ihrer Wirrnis. Eben deshalb tun auch modernste Gesellschaften gut daran, bei ihrem Ringen um politische Entscheidungen bewährtes Recht und erprobte Verfahren nicht abzuwählen. Keinesfalls darf in einer Demokratie, die den Namen verdient, geglaubt werden, irgendeine Parteiung oder Bewegung oder gar Gruppierung wisse die Wahrheit. Ebenso wenig wie es Abkürzungen zu *richtigen* Entscheidungen durch Volks- oder Experten-Entscheidungen gibt, gibt es weder im politischen noch im wirklichen Leben eine einzige, allgemein verbindliche Wahrheit. Dergleichen Phantasma gehört bekanntlich in die himmlische Sphäre der Ideen. Demokratisches Bewußtsein hingegen heißt genau zu wissen, daß der andere Bürger mit seiner Meinung genau so Recht hat wie man selber. Die Ächtung vereinzelt tatsächlich gemeingefährlicher Meinungen sollte nicht als Endlos- oder Standartargument mißbraucht werden, um mißliebigen und unerwünschtes oder unbequemes Andersmeinen zu diskreditieren und ihm somit das Wort abzuschneiden. Abgesehen von der unlösbaren Frage, ob eine Meinung nun richtig oder falsch und wer im Recht oder Unrecht ist, entscheidet in einer Demokratie bekanntlich nicht das *Recht haben*. Im Rahmen republikanischer Verfahrensweisen kristallisieren sich im Ringen der Mächte von Diskussion zu Diskussion in demokratisch verfaßten Institutionen vielfältige politische Willensbekundungen zu menschlich unvollkommenen Entscheidungen. Auf den verschiedenen Ebenen wird über Entscheidungen letztlich & endlich abgestimmt. Wobei die jeweilige Mehrheit auch nicht *Recht hat*, sondern eben nur die Mehrheit, und dies nur vorübergehend, weshalb ihrem Willen rechtliche Grenzen zu setzen sind. Als Bürger wissen wir doch von einander genau, daß der andere auch nicht mehr weiß; ansonsten könnten wir, solch gedanklicher Versuchung konnte Platon nicht widerstehen, einer Aristokratie der Wissenden, die bei uns Technokraten wären, das Herrschen überlassen. Technokraten jedoch, die von sich behaupten oder in ihre Einfalt gar

tatsächlich glauben, *rein sachlich* begründete Entscheidungen zu fällen, die wegen ihrer sachlichen Richtigkeit nicht gesellschaftlich diskutiert oder gar korrigiert werden müssen, sind sich für gewöhnlich der weltanschaulichen oder emotionalen oder interessengeleiteten Vorurteile ihrer Sachurteile wenig bewußt. Zum Glück für die Demokratie gibt zu jedem Expertenurteil ein Gegenurteil, weshalb wir uns mit der Berufung auf die eine oder andere Expertenmeinung nicht zufrieden geben können, sondern weiterhin gefordert bleiben, Entscheidungen aus übertechnokratischen Gründen gemäß demokratisch republikanisch geregelter Verfahren zu fällen. Wir Citoyen werden nicht umhinkommen unsere Entscheidungen immer wieder miteinander auszuhandeln. Wir werden aus unseren bürgerlichen Verantwortungen, uns eigene Meinungen bilden & einbringen zu müssen, nicht entlassen, denn irgendein Expertengremium (Expertokratie) kann keine eindeutigen Antworten auf unser menschlich allzumenschliches Fragen liefern. Es gibt nun Mal auf Fragen, die Gesellschaften betreffen, kein simples Ja oder Nein, wie man es bei Volksentscheidungen oder Teleumfragen zur Abstimmung abfragen könnte. Menschliches Zusammenleben besteht weder aus Schwarz noch aus Weiß, sondern allzumenschliche Wirklichkeiten bilden allzeit (sogar im jetzigen Krieg!) eine Melange aus Grau in Grau. Gut & Böse, Richtig & Falsch sind Extreme, die in der Wirklichkeit nicht vorkommen. Extreme rhetorische Zuspitzungen gehören jedoch zu den Redefiguren im politischen Streit und wechseln mit den Tagesstimmungen sowie den Generationen. Und ein Demos wäre kein Demos, ließe er sich ohne Bürgerkrieg in Freund & Feind, in Gute & Böse spalten; vielmehr ist jedes Volk, ist jeder Demos allzeit menschlich banal und allzumenschlich unvollkommen gut & böse, weshalb seine wie die Macht jedes anderen Souveräns beschränkt gehört. Selbstverständlich mag, wie jeder andere Souverän auch, das Volk von Selbstbeschränkung nichts hören.

Um Diktaturen der Mehrheit zu vermeiden, wie sie beispielsweise auch im Absolutheitsanspruch demokratisch gewählter Parlamente und National- oder Volksversammlungen gelegentlich zu Tage treten können, haben aus der europäischen Tradition entstandene Republiken ein Zweikammersystem. Beispielsweise besteht der US Kongreß aus dem Haus der Repräsentanten und der Senatoren, die auf unterschiedliche Weisen gewählt wurden und als von einander verschiedene Mehrheitsmeinungen zusammenwirken müssen. In Britannien gibt es das House of Lords & das Hous of Commons, in Deutschland Bundestag & Bundesrat, usw. Um die Macht ordentlich zu beschränken sind an der Macht unterhalb der Parlamente auch Provinzial-, Regional- oder Landtage in politische Entscheidungen eingebunden. Denn, wie gesagt, einseitige Entscheidungen, wie sachlich gerechtfertigt sie auch im Einzelfall bestimmten Experten erscheinen mögen, sind für eine Gesell-

schaft grundsätzlich schlecht. In einer vernünftig eingerichteten Republik sollen viele verschiedene Aspekte und Interessen in die gemeinsame Willensbildung einfließen, wodurch zwar nicht die denkbar rationalste oder gar idealste Entscheidung gefällt wird, jedoch eine machbar tragfähige Lösung gefunden werden kann, mit der ein Großteil der Einwohner vorerst leben kann. In einer Republik zu leben bedeutet bekanntlich, in öffentlichen Angelegenheiten niemals seinen Willen durchzusetzen, sondern immer Kompromisse mit den vielen Interessen und Absicht und weltanschaulichen Vorlieben der ach so andersgearteten Mitbürger zu schließen. Wir in Europa wollten keine Demokratie, in der die zufällige Entscheidung irgendeiner augenblicklichen Mehrheit, ob in einem Parlament oder einer wie auch immer gearteten Befragung, unwidersprüchlich gilt und unbedingt vollzogen werden muß, wie früher eine Anordnung eines unserer absolutistischen Monarchen. Wie jede andere ist auch die Alleinherrschaft der Mehrheit unerwünscht. Jede Demokratie wäre wertlos ohne Minderheitenschutz & Minderheitenrechte, ohne Einbeziehung von Minderheitswünschen in Entscheidungen sowie die Bindung an das jede Mehrheitsentscheidung beschränkende Recht; Republik bedeutet Rechtstaatlichkeit, Demokratie bedeutet Kontrolle & Beschränkung der (Mehrheits-) Macht durch Oppositionen, Kontrolle durch Interessengruppen, durch regionale Institutionen oder unabhängige Medien. Dazu gehört selbstverständlich auch die Kontrolle der Regierung durch Volksvertreter, und die Kontrolle der Abgeordneten durch die Abgeordneten und der Abgeordneten durch die Öffentlichkeit und das Wahlvolk. Unverzichtbar für eine repräsentative Demokratie sind Durchsichtigkeit (Transparenz) und Offenheit. Mitwissen und Mitbestimmung, somit Mitarbeit muß in der Republik inner- und außerhalb von Ämtern für Jedermannfrau, die das Bürgerrecht hat, offen zugänglich und grundsätzlich möglich sein. Kindlich naiv wäre es hingegen zu glauben, daß tatsächlich Jedermannfrau Minister oder Regierungschef werden kann; jedoch schon in Gemeinderäte wird jeder, den es dahin drängt, hineinflinden, um sich im Politischen zu üben. – In unseren repräsentativen Demokratien ist & bleibt die Legitimation der Machtausübung jener gerne wie irrtümlich sogenannte: *Volkswille*. Seine verschiedenen und divergierenden, teils institutionalisierten oder sonstwie konkretisierten Meinungen sind die maßgeblichen Kontrollinstanzen des republikanischen Systems. Wie jeder vernünftige Souverän so übt auch das *Volk* seine Herrschaft nicht unmittelbar persönlich aus, sondern hat dafür seine Minister, seine Diener samt Kanzleivorsteher, die es bei Gelegenheit zur Verantwortung ziehen und entlassen kann.

Republikanische Regierungsformen wurden seit der Neuzeit in Europa vorgeschlagen, um Machtmißbrauch und seine Gefahren für das Gemeinwohl einzudämmen. Zu diesem Zweck bestehen unsere entwickelten demokratischen Regierungsformen aus einem komplexen, sich wechselseitig be-

dingenden und behindernden und kontrollierenden Regelwerk: „Checks and Balances“. Ein System aus Gewaltenteilung & Machtverschränkung & Gegenmächten soll menschlich unvermeidlichen Machtmißbrauch einschränken. Denn bekanntlich kann, wie Montesquieu vor der Mitte des 18. Jahrhunderts herausarbeitete: nur die Macht die Macht beschränken. Und seit der Aufklärung geht es den modernen Republiken um die Beschränkung willkürlicher Machtausübung zu Gunsten menschenmöglicher Freiheit und Würde. Genau deshalb ist die republikanische alles andere als die effektivste Regierungsform; diktatorisch läßt sich vermutlich kurzfristig effektiver entscheiden & schnell anordnen & gleich durchsetzen. Aber republikanischen Werten zu folgen bedeutet, die Freiheit und das Recht höher als administrativ ökonomische Effektivität zu achten. Und auch der republikanische ist ebensowenig wie jeder andre Staat ein Selbstzweck. Zu dem Zweck, der Menschenwürde einen institutionellen Rahmen zu geben, ist die repräsentative Demokratie oder die Republik eine besonders schwierige Regierungsform, in der ebensowenig wie technokratische Absolutheitsansprüche schlichte, referenduntaugliche Ja/Nein Entscheidungen einen Platz haben. Auf den ersten Blick oder in den Phrasen der Demagogen erscheint die repräsentative Demokratie ihrer endlosen Streitereien & Schwierigkeiten halber als ein fragiles, nur beschränkt handlungsfähiges Gebilde. Dennoch & trotzdem erweisen Republiken sich oft auch in schweren & schwersten Krisen als erstaunlich robust. In Republiken wird die menschliche Intelligenz & Schaffenskraft auf verschiedene Kräfte verteilt. Wenn eine oder gar mehrere Institutionen versagen, bleiben andere tragfähig und die jeweilige Gesellschaft bleibt bestehen, bis die Umstände wieder andere werden und neue Krisen mit sich bringen. Und wo die institutionellen Stricke reißen, tragen mitunter die Bürger die Republik durch die Krisen, insofern sie sie als ihre Republik empfinden.

Der Föderalismus als wesentlicher Bestandteil demokratischer Selbst- & Machtbeschränkung durch Gewalten-Teilung wird zumindest von weiten Teilen der veröffentlichten Volksmeinung anscheinend nicht verstanden, wenn sie ihre Konsumenten durch permanente Wiederholung daran gewöhnt, unterschiedliche Entscheidungen verschiedener Länder als „Flickenteppich“ herabzuwürdigen. Die bunte Landkarte Mitteleuropas von 1555 oder 1648 hat nichts gemein mit jener der wohlgeordneten Länder der Bundesrepublik. Dennoch gehört es seit geraumer Zeit zu den rhetorischen Selbstverständlichkeiten politischer Agenten, gebetsmühlenhaft vom Bund der Republiken zu bestimmten Problemen einheitliche Lösungen einzufordern. Aber in je mehr Lebenslagen vereinheitlichte Hilfe vom Gesamtstaat gefordert oder gar versprochen wird, desto mon-archischer, also ein-herrschaftlicher und somit autoritärer wird er werden gegenüber Bürgern, die der einen übriggebliebenen Staatsmacht, mangels Alternativen der Macht,

zunehmend ausgeliefert sind. Bürger entmachten sich selbst, wenn sie Alternativen der Macht nicht akzeptieren möchten. Einheitliche Lösungen für alle Menschen sind zwangsläufig ungerecht und tyrannisch, denn sie negieren unsere Vielfalt. Begeisterte Republikaner jedoch fühlen sich erst auf *Flickenteppichen* aus endlosen Streitgesprächen mit ihren vielfältigen, einander widersprechenden Antworten so richtig wohl und zu Hause. – Mit „Flickenteppich“ diffamierten übrigens auch in den 1920er Jahren politisch ambitionierte Kreise den deutschen Föderalismus, um mit dem vereinheitlichten Staat ihr „Heil“ zu versprechen. Und jüngst war rhetorisch ähnlich billig versimpelnd zu hören: Viren würden an Landesgrenzen nicht Halt machen. Zur demokratischen Vernunft jedoch gehört das Wissen, wonach es der viralen Durchlässigkeit von Grenzen zum Trotz nicht nur in verschiedenen Ländern verschiedene Lagen gibt, auf die man verschieden reagieren kann & soll, sondern daß auch die gleiche (Fakten-) Lage in verschiedenen Ländern politisch verschieden eingeschätzt sowie auf verschiedene Weise auf sie reagiert werden kann & soll. Ignoriert wird von den Propagandisten des Flickenteppichstereotyps geradezu, daß, im Unterschied zu einem Regierungsbezirk, ein Landesparlament tatsächlich ein Souverän ist, dem nach eigenem Willen & Vorstellen zu entscheiden zusteht. Viren hin & Viren her, über den Umgang mit ihnen kann & soll ein Land, insofern es eines ist, weil es über Souveränität verfügt, anders entscheiden als sein Nachbarland. Auf kein Problem gibt es nur eine Lösung.

Gewiß, föderalistische Verschiedenheiten verunsichern. Verunsichern- des aber darf in einer Demokratie, die den Namen verdient, nicht unter den Tisch gekehrt werden. Verunsicherungen müssen sogenannten mündigen Bürgern zugemutet werden. In der Zumutung von Verunsicherung erweist sich die Achtung vor dem Mitmenschen. Menschenleben zeichnen sich durch Unsicherheit aus. Und Freiheit, die nicht verunsichert, ist keine. Freiheit manifestiert sich in verunsichernden Vorstellungen & Haltungen & Abwegen & Verschiedenheiten, ansonsten säße man im Einheitslock auf Nummer-Sicher oder in einem Land mit Mauer drumherum. Föderalistische Republiken aber haben mehrere & verschiedene, ja gegensätzliche Souveräne. Das verunsichert, gewiß. Da es ja bekanntlich 1 Wahrheit nicht gibt, hat nicht 1ner das Sagen. Wir müssen uns auf verschiedenen Ebenen andauernd beraten und hernach, da einmütige Entscheidungen von eigensinnigen Typen wie unseres Gleichen nicht zu erwarten sind, da oder dort mal so, mal so abstimmen, um es je nach den Verhältnissen vorübergehend so oder anders zu machen. Im Gegensatz zu dem Gelaber von Sachzwängen, auf die man ausschließlich so und nicht anders zu reagieren habe, haben demokratische Entscheidungen, so sie den Namen verdiene, vielfältig über Sachlichkeiten hinausgehende Gründe. Und Demokratie ist ihren Widersprüchen zum Trotz über ihre Zweckmäßigkeit hinaus gerade wegen ihrer Ineffektivitäten sinn-

voll. Die permanente Auseinandersetzung in Gespräch & Diskurs begünstigt nicht nur gesellschaftlich akzeptable, also tragfähige Problemlösungen und eröffnet Freiheitsspielräume für Menschenmöglichkeiten, vielmehr ist das Mit- & Gegeneinander der Bürger im Gespräch über seine Zweckmäßigkeit hinaus gewissermaßen der Sinn von Demokratie: das gedeihliche Zusammenleben von Menschen. Pluralistische Demokratien bieten Raum für Menschenmöglichkeiten, sie zeichnen sich aus durch unterschiedliche und tatsächlich gegensätzliche (nicht bloß *diverse*) Weltanschauungen und Lebensweisen ihrer Bürger. Die demokratische Achtung der Menschenwürde beginnt bei der Achtung der von der eigenen abweichenden Meinung & Moral des Anderen. Demokraten hüten sich davor, dem Denken oder Verhalten und Empfinden anderer Menschen deren Moralität abzusprechen. Hat sich aber eine Zivilisation dermaßen primitivisiert, daß von ihren Menschen für jede Frage nur 1 Wahrheit als legitim akzeptiert wird, dann hat sich eine Population auf den Weg in Richtung Hexenverbrennungen begeben. Ein totalitärer Wille zur Macht herrscht, wo abwegige Meinungen nicht geachtet werden. Und in genau dem Maße, in dem unterhalb der Hautfarben oder sonstiger oberflächlicher Klassifizierungen tatsächliche Verschiedenheiten, in dem das mit- & nebeneinander bestehen können verschiedener Weltanschauungen und Handlungsweisen und Lebensformen nicht als legitim akzeptiert & respektiert wird, ist das demokratische Bewußtsein einer Population beschädigt.

Beispielsweise erhebt das handliche Flickenteppichstereotyp implizit Einheitlichkeit zu einer Norm, von der aus gesehen Abweichungen anstößig erscheinen. Abweichungen von der Norm zu diskreditieren, sie gar zu diffamieren oder zu diskriminieren beschädigt das demokratische Zusammenleben an seiner Wurzel. Wie schwer mag es beispielsweise unsere Demokratien beschädigt haben, als die veröffentlichten Meinungen unserer Gesellschaften geschlagene zwei Jahre hindurch über die Modalitäten des Tragens von OP-Masken stritten? Wenn gar vom Mainstream abweichende Maskenmeinungen als staatsgefährdend & gesellschaftsfeindlich gebrandmarkt werden, ja gar unter Faschismusverdacht geraten, dann ist das einer Bürgergesellschaft unwürdig. Demokratisches Bewußtsein bedeutet: ganz genau zu wissen, daß (unbeschadet aller Fakten und ihrer wechselhaften Kombinationen & Deutungen) niemand genau weiß, was richtig ist, weshalb ja letztlich & endlich abgestimmt werden muß, weshalb ja die Achtung anderer Meinungen unverzichtbar ist. Unmöglich können Medizintechniker oder Atomtechniker oder Militärtechniker oder Finanzakrobaten oder irgendwelche anderen Technokraten und sonstige Fachidioten bestimmen, was für eine Gesellschaft, was für uns, die Bürger, richtig ist. In der Demokratie entscheiden Technokraten nicht, denn sachlich richtiges Handeln gibt es nicht. Denn sachliche Richtigkeit ergibt sich bekanntlich erst in Folge der willentlich

weltanschaulichen Gewichtung der Umstände und ihrer Fakten, weshalb ja nicht Fakten, sondern der Wille ständig zur Diskussion steht. Zur gesellschaftlichen Diskussion steht dies- & jenseits aller Schachfragen unentwegt die Frage: wer wollen wir sein & wie wollen wir leben. Aus diesem technokratischen Festlegungen entzogenem Zentrum allen Bedenkens heraus werden die Antworten auf unsere Lebensfragen bis hin zur kommunalen Wasserversorgung und Müllabfuhr gesucht. Schließlich & endlich wird, da zwar endlos diskutiert werden kann, jedoch vorher gehandelt werden muß, über Handeln in einem gemäß guter Gründe geregelten Verfahren abgestimmt. Und um Entscheidungen fällen zu können, werden aus den verschiedenen Auffassungen von dem, was Fakt ist, von institutionalisierten Mehrheiten Kompromisse heraus verhandelt, um zur Abstimmung gestellt zu werden. Zur demokratischen Diskussion jedoch, die den Namen verdient, darf, ja sollte jede Stimme beitragen. In der Demokratie gibt es keine unzulässigen Einwände. In der Demokratie ist die Unterscheidung zwischen dem guten, weil ähnlich gesinnten Freund, & dem bösen, weil anders denkenden Feind, nicht, wie Carl Schmitt seinerzeit dekretierte, die wichtigste politische Kategorie. Demokratische Gesellschaften bilden Gemeinschaften sich von einander substantiell unterscheidender Bürger, sie sind Gesellschaften sich endlos streitender Citoyen. Indem jedoch dichotomisch vereinfachende Kategorien wie Richtig/Falsch, Freund/Feind, Gut/Böse, neuerdings Korrekt/Unkorrekt in öffentlichen Diskussionen ausschlaggebend werden und sogar Ausschlußkriterien für Meinungsäußerungen liefern, indem man sich also daran gewöhnt sowie darin übt, Gegenargumente & Gegenvorschläge moralisch zu diskreditieren, wird Demokratie nicht verstanden, ja sie wird geradezu verunmöglicht. Denn in der Demokratie steht die Moralität eines Menschen über der Beurteilungsfähigkeit seiner Mitbürger. Wie weiland der Monarch steht der souveräne Bürger über dem moralischen Urteil anderer Leute. Weil keiner wissen kann, wie es in Herz & Hirn des Anderen aussieht, ist es in der Demokratie eine bigotte Anmaßung, manche Bürger für unmoralischer als andere auszugeben. Denn Demokratie zeichnet sich dadurch aus, daß in ihr jeder das Recht auf Gehör hat, in ihr ist Alles sagbar und Vieles möglich, jedoch nicht die Tyrannei der Selbstgerechten mit ihrem kleinkariertem Richtig & Falsch.

Die Demokratie wird übrigens auch dann nicht verstanden, wenn sie mit Wohlstand oder gar seinem Wachstum verwechselt wird. Wer die Republik mit Wohlstand gleichsetzt, steht in der Gefahr, mit diesem jene, d.h. ohne Wohlstand die Freiheit zu verlieren. Das wäre idiotisch. Unsere europäischen Gesellschaften haben sich seit dem letzten Weltkrieg daran gewöhnt oder nach dem Zusammenbruch des Ostblocks irriger Weise den Anspruch erhoben und geglaubt: Demokratie sei gleichbedeutend mit dem permanenten

Wachstum von Besitz & Geld & Wohlleben. Dieser historisch kurzsichtige Trugschluß verkennt nicht nur die menschheitsgeschichtliche Einzigartigkeit der aktuellen ökonomischen Prosperität, er verkennt auch die Demokratie als eine Bürgergesellschaft verhältnismäßig Gleicher, also auch materiell ähnlich ausgestatteter Menschen. – Sollte es neuerdings unvorstellbar geworden sein, daß Wachstum & Wohlstand nicht mehr funktionieren, d.h. nicht mehr zunehmen oder gar abnehmen? Hat dann *die Demokratie* versagt und muß abgeschafft werden? Oder haben die Bürger als Bürger (Citoyen) versagt, weil sie Wohlstand mit Freiheit verwechselten? Sollten die Leute mittlerweile unfähig geworden sein, sich Freiheit ohne Wohlstand vorstellen zu können, geschweige denn in Armut frei zu leben? Dann hätte die Demokratie, d.h. die Bildung der Bürger zur Demokratie grundsätzlich versagt. Wenn ohne den gegenwärtigen, in historischer Rücksicht exorbitanten materiellen Wohlstand, der offensichtlich auf der einzigartigen Ausbeutung menschlicher Kräfte einschließlich der weltweiten Plünderung natürlicher Ressourcen beruht, Demokratie unvorstellbar geworden ist, dann ist sie gescheitert. Freiheit, um die es in der Demokratie ja vorzüglich geht, könnte jedoch genau dort am besten entfaltet sein, wo man frei von der Last des Wohlstandes und seiner Pflichten, frei von jenem Rattenschwanz von Sorgen & Zwängen, die zur Erzeugung von vielzuviel Zeug & Kram & Müll notwendig sind, seine Zeit nach eigenem Belieben so durchbringt.

Gewiß, in der Demokratie sind weder imaginäre Wahrheiten noch sachliche Richtigkeiten entscheidend, sondern politische Mehrheiten im Rahmen eines komplexen Zusammenspiels von Institutionen. Jedoch wird Demokratie gewiß nicht verstanden, wenn sie ausschließlich als die Legitimation einer Ordnung politischer Institutionen angesehen wird, anstatt in ihr eine Lebensform trotz & wegen ihrer persönlichen Verschiedenheiten kameradschaftlich-solidarisch verbundener Bürger zu begreifen. Demokratie als eine Lebensform von Gleichen wird durch das grandios Reichtumsgefälle, wie es im letzten halben Jahrhundert entstanden ist, untergraben und zersetzt. Einer Bürgergesellschaft geht es um wichtigeres als um materiellen Wohlstand, extremer Reichtum einzelner Menschen oder juristischer Personen und ihrer Erbgemeinschaften ist ihr geradezu zuwider. Ebenso wie an der allen gemeinsamen Republik haben in der Demokratie auch am gemeinsamen Wohlstand alle Mitbürger beteiligt zu werden. Vermutlich trägt das Überhandnehmen angeblich korrekter Sprach- & Gedankenregeln dazu bei, enorme Chancen-, Einkommens-, Reichtumsunterschiede zu kaschieren oder ihr Ausmaß im Bewußtsein zu verringern, indem sie durch vermeintlich geschlechter- oder rassen-*gerechte* Sprachspiele überlagert werden, so daß soziale Ungerechtigkeiten materieller Art im öffentlichen Sprachraum weniger zur Sprache kommen. Es gilt jedoch im demokratischen Bewußtsein wach zu halten, daß in der Zivilisation kein politisches System eine wie auch

immer definierte gerechte Verteilung der Güter & Lasten des Lebens zuwege bringen kann. Da aber besonders unsere ominösen „Märkte“ das Gegenteil von Verteilungsgerechtigkeit herbeiführen, bleibt soziale Gerechtigkeit ein unabschließbares Thema demokratischer Willensbildung und gehört immer wieder aufs Neue gesellschaftlich ausgehandelt.

Jedoch ist für das Verständnis der Demokratie auch die Einsicht wesentlich, das die Gestaltungsmacht unserer Republiken ziemlich begrenzt ist. Man kann dem Staat nicht für Alles & Jedes, ja nicht einmal für das Meiste oder gar seine eigenen Schulden die Schuld in die Schuhe schieben. Die Institutionen einer Republik sind nur die Vertretungen der Bürger und deren institutionalisierter Interessen. Somit ist die Republik nur *eine* Macht unter anderen. Kollektiv verfaßte Konzerne wie beispielsweise die Deutsche Bank verfügen über einen größeren Jahreshaushalt als der Bundestag. Und ein Investor wie Egon Maske verfügt über ein Kapital von der Höhe eines bundesrepublikanischen Jahresbuges selbtherrlicher als Wladimir Wladimirowitsch über das Vermögen Rußlands. Ein Autokrat wie Egon Maske verfügt also über eine ähnliche monetäre Macht wie die Bundesrepublik Deutschland. Während unsere republikanischen Institutionen mit großem argumentativem & juristischem Aufwand, mit tagtäglichen Reden & Widerreden um ihre demokratische Willensbildung ringen, sind sie von mächtigen oligarchischen oder autoritären Entscheidern umgeben, deren ungeheure materielle Macht nur sehr eingeschränkt von Seiten der in sich zerstrittenen Parlamente durch Gesetze eingeschränkt werden kann. Indem vom Staat Problemlösungen für nahezu alle Lebensfragen erwartet werden, sollte nicht vergessen werden, daß die Institutionen der Republik umgeben und eingebettet sind in zahlreiche autoritäre Mächte, die sich demokratischen Kontrollen weitgehend entziehen. In Erinnerung an das Jahr 1789 sollte jedoch auch nicht vergessen werden, daß die Republik über die Macht verfügt, dank ihres erkämpften Gewaltmonopols nötigen Falls oligarchische oder autoritäre Strukturen zu zerschlagen.

Nicht nur die Macht des Geldes, auch die Macht der an massenhaftem Gefallen orientierten kommerziellen Massenmedien könnte sich als ein gefahrvolles Strukturproblem moderner Massendemokratien erweisen. Es steht zu befürchten, daß dem Mehrheitsgeschmack entgegenlaufende Denkbewegungen massenmedial nicht abgebildet werden können. Es steht also zu befürchten, daß kommerzielle Massenmedien demokratische Meinungsbildung durch systemimmanente Vereinseitigungen & Versimpelungen im Ansatz vereiteln. Im Zuge der mehrheitstauglichen Aufbereitung von Meinungen oder Vorstellungen und Ansichten bleiben differenziertere oder abweichende oder gar dem *common sense* widersprechende Ansichten zwangsläufig auf der Strecke. Beispielsweise wird in diesem Krieg tagtäglich

die simple Doktrin von Frau Strack-Zimmermann wiederholt, während Frau Schmalz-Jacobsen mitsamt ihrem dezidierten Meinen aus den Bildschirmen verschwunden ist. In einer annähernd demokratischen Medienlandschaft würden beider Auffassungen nebst einiger anderer gleichrangig zur Sprache kommen. Jedoch in massentauglicher Zuspitzung sind abweichende Minderheitsmeinungen als ebenfalls gültiges Meinen schwer vermittelbar, weshalb sie allenfalls am Rade vorkommen. Wenn aber nicht bloß oberflächlich bunte, sondern tatsächlich vielfältige, also einander substantiell und grundsätzlich widersprechende sowie differenziert abwägende Denkbewegungen nicht als der populären Mehrheitsmeinung gleichwertig zur Sprache kommen, wenn also das diskursive *sowohl als auch*, wenn das *einerseits andererseits* aus medientechnischen Erwägungen nicht abgebildet werden kann und dem massentauglich versimpelten Ja/Nein, richtig/falsch oder gar gut/böse weichen muß, dann ist die Republik am Ende. Da nützen weder korrekte Sprachregelungen noch optimale Farbeinstellungen: wenn gesellschaftliche oder geschichtliche und politische Zusammenhänge, anstatt in dem ihnen allzeit zukommenden endlosen Grautönen, schwarz-weiß dargestellt werden, dann versagt die Republik. Und versagt eine republikanische Zivilisation, dann verstrickt sie sich zunehmend in die Blödheit von Feindbildern, weshalb sie konsequenter Weise nicht nur tatsächliche Kriege führt, sondern aus ihnen auch nicht mehr herausfindet. Feindbilder sind ein Indiz für demokratisches Versagen.

Hinsichtlich der Beschädigungen demokratischer Gemeinwesen ist bekanntlich alles möglich. Ergänzend zu den aus dem vergangenen Jahrhundert bekannten Gefahren für demokratische Ordnungen & Verfahrensweisen, gelingt es neuen Formen der Massenmobilisierung durch sogenannte *Sozialmedien* in Windeseile mit zündenden Parolen für nahezu jede beliebige Meinung Menschenmassen als *Shitstorm* oder als *Flashmob* zu mobilisieren. Schwer läßt sich erkennen, inwieweit es sich bei einem ad hoc zusammengetrommelten Meinungsrummel um Randale oder um Gaudi oder um fundierte Ansprüche vernachlässigter Bürger handelt? Und mit einem Shitstorm oder Flashmob lassen sich Verhandlungen, wie sie für demokratische Auseinandersetzungen zwischen Bürgern unentbehrlich sind, nicht führen, wenn weder Ansprechpartner noch ein Programm mit diskutablen Zielvorstellungen erkennbar sind. In der Anonymität hinter den Bildschirmen potenziert sich Verantwortungslosigkeit; und Verantwortungslosigkeit ist Un-Bürgerlichkeit. Mit Untertanen oder Einzelkämpfern ohne bürgerlich verantwortliches Bewußtsein sind Republiken unmöglich. In der Unübersichtlichkeit des Meinungsrummels in alten & neuen Massenmedien wird das für jede Demokratie unentbehrliche Gespräch zwischen den verschiedenen Bürgern sowie diesen & ihren Vertreten sowie den republikanischen Institutionen in massenmedientauglichen Sprechblasen vereinseitigt & versimpelt & verzerrt.

Auch deshalb sieht eine andere Vielzahl unserer Mitbürger ihr eigenes Denken & Fühlen in den massenmedial gestylten Wortblasen nicht wiederspiegelt und verstummt gegenüber einer ihr fremd & abweisend erscheinenden Öffentlichkeitsinszenierung. Die Öffentlichkeit der Bildschirme ist selbstreferentiell. Vielfältige Anschauungen der Mitbürger sind von den professionellen Rede- & Darstellungsweisen in den Bildschirmen ausgeschlossen, während Bildschirmkünstler & Medientechniker ungeheuer bestimmend sind. In den Bildschirmen wird mitunter Belangloses permanent ventiliert & aufgeblasen, während wichtige Fragestellungen nicht an die Oberfläche der veröffentlichten Sprache durchdringen und abseitiges Menschentum kaum Würdigung findet. Leibhaftig gewordener Groll hingegen, so er publikumswirksam inszeniert wird, kann mitunter von dieser oder jener Seite politisch dermaßen effektiv instrumentalisiert werden, daß der Groll mit seinem Ressentiment den Anschein erweckt, als würde er unveräußerliche Menschenrechte ausdrücken. Empörung ist ein Geschäft; ein permanentes Überbietungsgeschäft. Unsere Massenmedien, um möglichst viele Klicker & Glotzer zu finden, verkaufen einen permanenten Alarmzustand. Im Alarmzustand aber löst sich mit den Verhältnismäßigkeiten die demokratische Vernunft auf. Es ist schwer bis gar nicht zu entscheiden, welcher mit optimierter Empörung vorgebrachte Anspruch Vorrang gegenüber anderen, ebenfalls Empörung beanspruchenden oder gar leiser auftretenden Ansprüchen hat. Damit sich nicht der lauteste & rücksichtsloseste auf dem Markt der Eitelkeiten durchsetze, haben sich nicht erst demokratisch verfaßte Gesellschaften auf Regeln & Verfahrensweisen geeinigt, in deren Rahmen Ansprüche geltend gemacht & verhandelt werden können & müssen. Indem mit der Einsicht in ihre Zweckmäßigkeit das Verständnis für gesellschaftlich institutionalisierte Regeln & Verfahren schwindet, ist die Demokratie in Gefahr.

Die Gefahren sind größer denn je. Denn um annähernd so Demokratiefähig wie in ihren besten Jahren Athener oder Römer zu werden, hätten wir, und hernach unsere Kinder und Kindeskinde, sorgsam zu Republikanern erzogen werden müssen. Diese Kosten haben wir uns gespart, um von Bedenken ungestört im Leistungsbetrieb dienen sowie ungehindert die Dinge der Welt konsumieren zu können. Und auch in nächster Zukunft ist verstärkte Demokratenbildung kaum zu erwarten. Um im weltweiten Kampf Aller gegen Alle bestehen zu können, wurde einmütig & parteiübergreifend digitalen Kenntnissen unbedingter Vorrang vor der Bildung zu Bürgern zugesprochen. Und indem technische Kenntnisse Vorrang eingeräumt wird, bieten multimedialisierte Massenmeinungen anscheinend auch kaum noch Raum für die vielschichten Gedankengänge von weiträumig belese Intellektuellen. Sollten die Bürger der Republiken des Geistes aus den gesellschaftlichen Selbsterzählungen und Entscheidungsfindungen moderner

Demokratien ausgeschlossen, ja auf den Foren der Massenmedialdemokratien geradezu geächtet sein? Von Politikern links liegengelassen macht es neuerdings gelegentlich den Anschein, als sei der Intellektuelle der Feind der Journalisten geworden, die doch gerne selber Intellektuelle geworden wären. Während jener verhältnismäßig frei denken & experimentell vorstellen & provokativ reden kann, haben Journalisten jedoch einen Job, der sie an die Meinungen ihrer Konzerne & Kunden bindet, die sie nicht mit ungewöhnlichen oder gar unerwünschten Vorstellungen vor den Kopf stoßen dürfen, wenn sie ihre Erzeugnisse profitabel verkaufen wollen. In zeitgemäß optimierten Medienbetrieben sind Journalisten gezwungen, ziemlich geistlos zu produzieren, wollen sie beruflich reüssieren. Also schreiben/sagen sie knappe einfache Sätze, mit klaren, eindeutigen Aussagen, die sie zu allem Überfluß nicht selten ohne jede Selbstironie, auf daß jeder ihr Meinen verstehe, mit Prädikaten wie *richtig ist/falsch ist* versehen. Indem solchermaßen versimpelte Meinungsbildung geistige Besonderheiten als überheblich abtut, werden die geistigen Ressourcen einer Gesellschaft entwertet, die Republik wird also nicht nur nicht verstanden, sondern pervertiert. Ein Intellektueller, insofern die Republik nicht mehr verstanden wird, kann weder *Président de la République* noch Kanzler des Bundes werden. Insofern ein Intellektueller geistige Elite ist, wird er vom trivialisierten Denken verdächtigt: undemokratisch zu sein. Das Unverständnis ist fundamental: während der Demos geistige Eliten verachtet, leckt er den materiellen den Hintern. Dabei liegt doch im intellektuellen Widerspruch gegen den Souverän die demokratische Tugend *par excellence*. Jedem Souverän muß widersprochen werden, sonst entartet er zum Tyrannen. *Vox populi – vox Iovi*: Volkesstimme – Gottesstimme lautete es in den Glanzzeiten der römischen Republik. Jedoch wurde bereits damals die volksschmeichlerische, also Herrschaft verschleiernde, deshalb staatstragende *Maxime* von augenzwinkernden Intellektuellen gelegentlich als *vox bovi*: die Volkesstimme also als die des Ochsen bezeichnet. Erinnerst sei an Heinrich Heines *großen Lämmel*. – Seit jeher ist es Aufgabe & Pflicht der Intellektuellen die Dinge anders zu sagen, als sie im vereinfachten Meinen des sogenannten Volkes ausgedrückt werden. Jedoch gewinnt man mitunter den Eindruck, als wäre in unseren gegenwärtigen öffentlichen Diskussionen grundsätzliche, also unpopuläre, also intellektuelle Kritik unerwünscht. Anscheinend huldigt unser massenmedial geprägter Polit-commonsense trotz seiner öffentlich vielfältig inszenierten Streitgespräche dem Glauben an die (demoskopierte) Volkes-Stimme als dem entscheidenden Wort eines absoluten Souveräns, dem nicht widersprochen werden darf oder soll oder kann. Dem allgemeinen Meinen, wonach dem Volkssouverän unbedingt zu gehorchen ist, muß jedoch klipp & klar & grundsätzlich & immer wieder widersprochen werden. Demokratie kann & darf nicht die Widerspruchslose Hinnahme von Mehrheitsentscheidungen sein!

Banal, wie Banal, gewiß, so viele Banalitäten. Aber die Krise des demokratischen Verständnisses ist bei uns so weit gediehen, daß demokratische Banalitäten immer wieder gesagt werden müssen. Darin, im endlosen Wiederholen demokratischer Selbstverständlichkeiten, nicht im Nachplappern tagespölitischer Korrektheiten, besteht das Bohren jener dicken Bretter, wodurch sich politische Verantwortung auszeichnet. – Wo beginnt die Bedrohung der Republik und was muß in einer freiheitlichen Gesellschaft erlaubt sein und ausgehalten werden? Entsprechende Grenzen zu ziehen und Urteile über Menschen und ihre Ansichten zu fällen oder gar Ausschlußkriterien für Mitbürgerschaft aufzustellen, darf nicht hysterisch aufgeladenen Diskussionen in notorisch verkürzenden sowie moralinsauren Massenmedien überlassen werden. Wo man beispielsweise nicht die Schuld, sondern seine Unschuld beweisen muß, da sind jedenfalls sowohl Freiheitlichkeit wie Rechtlichkeit vorbei. Sind aber gewisse Feierabendputschisten oder jene Feuerwerksterroristen tatsächlich über die gemeingefährliche Illegalität ihrer Aktionen hinaus eine die Republik in ihrem Bestand bedrohende Gefahr oder dienen solche Extremisten dazu, den „inneren Feind“ zu markieren, um konfuse Gesellschaften gegen ein Feindbild doch noch irgendwie zu einen? Oder sollen Feindbilder, auch wenn sie zur Einigung der Bürger nicht taugen, wenigstens bei Gelegenheit präventive Polizeimaßnahmen legitimieren? Wo Feinde definiert werden, wird die Einheit der Bürgerschaft zerstört. Schaltet unsere Gesellschaft gerade auf Kriegsrecht um?

– Angesichts der katastrophalen Niederlage fürchtete Walther Rathenau 1919 einen *vertikalen Aufstand der Barbaren*. Dieser altertümelmelnde Gegenbegriff zur Zivilisation ist unzutreffend, denn Barbaren hatten & haben, wenn auch eine von dieser sowohl wie jener Zivilisation abweichende, ja ihr mitunter geradezu entgegengesetzte: Kultur. Gesindel nicht. Gesindel erweist sich jedoch als eine Begleiterscheinung der modernen Zivilisation, somit auch der Massendemokratie. Gesindel entsteht im Schutz der Zivilisation massenhaft und kann sogar herrschend werden; dann hat die Demokratie versagt. In der Moderne gibt es jedoch keine Barbaren mehr, die mit ihrer Kultur eine versagende Zivilisation ablösen könnten. Auch Rathenau sah deutlich, daß die Bedrohungen zivilisierter Gesellschaftsordnungen in der Moderne nicht wie *Barbarenhorden* von außerhalb auf sie einstürmen, sondern *vertikal* aus ihrer Mitte entstehen. Entsprechend kommen existenzbedrohende Gefahren für Demokratien nicht von Extremisten an den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. Gesindel bekommt die Gelegenheit, die Macht zu ergreifen, in dem Maße, in dem demokratische Kulturtechniken von gewöhnlichen Bürgern nicht verstanden werden. Und insofern wir selbst unsere republikanischen Demokratien oder demokratischen Republiken offenbar immer weniger verstehen, wie hätten da andere

Völkerschaften wie etwa die Afghanen oder die Russen von unserem weitgehend formalisierten sowie rhetorisch schablonisierten Gerede über Demokratie lernen sollen? Lässt sich von Demokratien demokratisch zu leben lernen, die unterhalb der schönen Worte ihrer Öffentlichkeitsarbeiterinnen mit ungeheuer brutalen ökonomischen Sachzwängen dem Willen zur Macht fröhnen und im Verlauf von zwei oder drei Generationen mit ihren MACHENSCHAFTEN die Erde von Grund auf versaut haben? Je nach Blickwinkel und Erfahrungshorizont kann unsere offizielle *Freiheit Demokratie Menschenwürde Wohlstand* Leier als ziemlich verlogen erscheinen.

Mittwoch, 8. Februar 2023